FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

verkündet am 12.11.1994

B-5-VI-94

In dem Schiedsgerichtsverfahren

des Bezirksverbandes H der Freien Demokratischen Partei,

Landesverband H,

vertreten durch den Bezirksvorstand,

dieser vertreten durch den Bezirksvorsitzenden S aus H

- Antragsteller -

g e g e n

den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei,

vertreten durch den Bundesvorsitzenden, K aus B

- Antragsgegner -

wegen Erlaß einer einstweiligen Anordnung

hat das Bundesschiedsgericht der Freien Demokratischen Partei auf den Antrag des Bezirksverbandes H der F.D.P. vom 11.11.1994 durch den Stellvertreter des Präsidenten

Dr. Kurt Wöhler

am 12. November 1994 beschlossen:

Der Antrag vom 11.11.1994 auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung wird zurückgewiesen. Kosten werden nicht erhoben.

Gründe

Der Antragsteller begehrt die Sicherung eines Beteiligungsrechts an einer Entscheidung über den Beschluß einer Koalitionsvereinbarung zwischen der Freien Demokratischen Partei einerseits und der Christlich Demokratischen Union sowie der Christlich Sozialen Union andererseits. Dieses sieht er nur durch die Befassung des Bundesparteitages mit der Koalitionsvereinbarung vor ihrem Abschluß gewährleistet, da ihm auf einem Bundesparteitag ein Antragsrecht zustehe.

Er beantragt im Wege der einstweiligen Anordnung - gemäß § 25 Abs. 2 SchGO - wegen der besonderen Eilbedürftigkeit durch den Präsidenten allein -,

dem Antragsgegner zu untersagen, ohne Zustimmung des Bundesparteitages eine Koalitionsvereinbarung mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sowie der Christlich Sozialen Union in Bayern abzuschließen.

Der zulässige Antrag ist unbegründet. Die Eilbedürftigkeit ist gegeben, da voraussichtlich bereits am 14.11.1994 ein Koalitionsabkommen unterzeichnet werden soll.

Ein sachlicher Grund, dem Antrag zu entsprechen, ist indessen nicht gegeben. Nach § 14 Abs. 2 der Bundessatzung entscheidet der Bundesparteitag unter anderem über grundsätzliche Abmachungen mit Parteigliederungen anderer Parteien auf Bundesebene oder deren Fraktionen; ggf. ist ein außerordentlicher Bundesparteitag einzuberufen.

Einer Entscheidung durch einen a.o. Parteitag, nur eine solche käme hier in Betracht, bedarf es nicht, weil bereits eine Entscheidung des Bundesparteitages vorliegt, nämlich diejenige des Bundesparteitages vom 3.6.1994 in Rostock. Dort ist die grundsätzliche Aussage für eine Koalition mit CDU und CSU von den Delegierten getroffen worden. Dieser Auffassung ist auch der Bundessatzungsausschuß, wie sich aus dem Protokoll über seine Sitzung vom 22.10.1994 Seite 5 ergibt. Zwar ist das Bundesschiedsgericht an diese Auslegung des § 14 Abs. 2 der Bundessatzung nicht gebunden, es teilt aber die Auffassung des Ausschusses, daß die grundsätzliche Entscheidung über eine bestimmte Koalition durch den Bundesparteitag in Rostock getroffen worden ist.

Sache der Fraktion der F.D.P., also der gewählten und in ihrer Entscheidung freien Abgeordneten, ist es nunmehr, über die Einzelheiten der Koalitionsabmachung zu befinden, sie zu billigen oder abzulehnen (§ 14 Abs. 2 Satz 2 der Bundessatzung).

Der Antrag kann deshalb keinen Erfolg haben.

[...]

[Die Kostenentscheidung beruht auf § 28 der Schiedsgerichtsordnung.]